

Bündniserklärung aktualisiert 2021

Sexuelle Selbstbestimmung ist ein Menschenrecht!

Leben und Lieben ohne Bevormundung

Christliche Fundamentalist*innen sammeln sich jedes Jahr im September zusammen mit führenden Mitgliedern der AfD am Bundeskanzleramt in Berlin, um von dort ihren so genannten „Marsch für das Leben“ zu beginnen. Sie wollen zu Verhältnissen zurückkehren, wie sie in Irland bisher geherrscht haben und in Polen Alltag sind: Sie fordern das totale Verbot des Schwangerschaftsabbruchs und die Bestrafung von Frauen sowie daran beteiligten Ärzt*innen. Nach ihrem Weltbild ist ein Schwangerschaftsabbruch „vorgeburtliche Kindstötung“ und Mord. Sie sprechen von „Babykaust“ und relativieren damit den Holocaust.

Ihr Begriff des „Lebensschutzes“ beinhaltet die totale Kontrolle der Frau* und die Herstellung der „alten Ordnung“ mit der „heiligen Familie“ im Zentrum. Mädchen* und Frauen* soll die Selbstbestimmung über ihr eigenes Leben und ihren Körper verwehrt werden. Deshalb bekämpfen sie Gleichstellung und die vielfältige Lebensentwürfe wie Patchwork-Familien, gleichgeschlechtliche und zeitweilige Partner*innenschaften, Alleinerziehende und das Leben in Wohngemeinschaften mit und ohne – eigene- Kinder. Dazu gehören auch Menschen, die weder eindeutig „männlich“ noch „weiblich“ (nichtbinär) oder trans* sind.

Es sind auch dieselben Leute, die Ärzt*innen – wie Kristina Hänel – mit Prozessen nach § 219a StGB überziehen. Wegen dieses Paragraphen aus der Nazizeit dürfen Ärzt*innen öffentlich nicht einmal mitteilen, mit welchen Methoden sie Schwangerschaftsabbrüche vornehmen. Sie diffamieren Mediziner*innen als „Massentöter“, verleumden Fachkräfte auf Internetseiten und versuchen – manchmal erfolgreich – die Eröffnung entsprechender medizinischer Einrichtungen zu verhindern.

Die Gegner*innen des Rechts auf Schwangerschaftsabbruch organisieren militante Aktionen wie „Gehsteigberatungen“ vor medizinischen Einrichtungen und schüchtern ungewollt Schwangere ein, die Hilfe suchen. Sie setzen Kliniken und Praxen unter Druck, keinen Schwangerschaftsabbruch vorzunehmen. Sie verbreiten Lügen über den Schwangerschaftsverlauf, über biologische Fakten und die psychischen Folgen eines Schwangerschaftsabbruchs.

Sie machen gegen offene Sexualaufklärung an Schulen mobil. Und sie instrumentalisieren das Thema Behinderung, indem der Schwangerschaftsabbruch als Mittel zur Aussonderung von Krankheit und Behinderung dargestellt wird.

In Irland hat die Bewegung gegen den starken Widerstand christlicher Fundamentalist*innen und Konservativer einen großen Erfolg errungen: Eines der striktesten Gesetze Europas gegen Schwangerschaftsabbruch wurde gelockert. Auch in Polen gehen hunderttausende Menschen auf die Straße und europaweit finden regelmäßig Solidaritätsproteste statt, um weitere Angriffe auf die sexuelle Selbstbestimmung abzuwehren.

Auch wir wollen diesen reaktionären Kräften entgegentreten und ihren wachsenden politischen und gesellschaftlichen Einfluss in Deutschland stoppen.

Darum rufen wir wie jedes Jahr zu Kundgebungen am Brandenburger Tor gegen den so genannten „Marsch für das Leben“ auf.

Wir fordern:

- sofortige Streichung des § 219a StGB und freien Zugang zu Information über Schwangerschaftsabbruch.
- umfassende Information über und den kostenfreien Zugang zu Verhütungsmitteln.
- kostenfreie Vergabe der „Pille danach“ als Notfallverhütung.
- uneingeschränkten Zugang zu legalem Schwangerschaftsabbruch und die Streichung des § 218 aus dem Strafgesetzbuch.
- Ausbildung in den Methoden des Schwangerschaftsabbruchs in den Studiengängen für Medizin.
- geschlechter- und kultursensible Sexualaufklärung für alle.
- umfassende rechtliche Anerkennung aller Formen des Zusammenlebens.
- uneingeschränkte körperliche, sexuelle und reproduktive Selbstbestimmung für alle, insbesondere Frauen, nichtbinäre- und trans*Menschen.
- soziale und ökonomische staatliche Unterstützung und die notwendige Infrastruktur für alle, die sich für ein Kind entscheiden, damit sie ihre eigene Lebensplanung aufrechterhalten können.

Sexuelle Selbstbestimmung ist ein Menschenrecht!

Alle Menschen müssen diskriminierungsfrei über ihre Familienplanung und ihr Sexualleben entscheiden können und bei der Wahrnehmung ihrer Rechte unterstützt werden – unabhängig von ihrer Herkunft, sexuellen und geschlechtlichen Orientierung oder der sozialen, ökonomischen und gesundheitlichen Situation.

Hier erfährst du, wie du uns unterstützen kannst:

www.facebook.com/PRO.Familienplanung

www.twitter.com/Prochoice_DE

www.instagram.com/prochoice_de/